

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 24

Artikel: Chile und die Freiheit für Andersdenkende
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095362>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Chile und die Freiheit für Andersdenkende

Von Alphonse Max

Die lateinamerikanische Aktualität gilt der Rückkehr Perons nach Argentinien, während in Chile die Lage normalisiert ist. Aber führt die Normalisierung zur Wiederauflebung des pluralistischen Wettbewerbs politischer Kräfte oder zur Gleichschaltung?

Am 3. November war der 2. Jahrestag der Allende-Regierung in Chile. Einige der Versprechen, die der heutige Präsident vor den Wahlen machte, hat er gehalten. Die Kupfergruben und andere Minen, landwirtschaftliche Güter über einer bestimmten Grösse und andere Grossunternehmen wurden enteignet; Löhne wurden erhöht. Wie zu erwarten war, blieb jedoch der erhoffte Erfolg aus, und die chilenische Wirtschaft, die schon während der Frei-Regierung nicht im Blühen war, ist in eine sich ständig steigende Krise geraten, deren Ende nicht abzusehen ist.

Aber auch der Versuch, eine «sozialistische Gesellschaftsordnung» mit demokratischen Mitteln in Chile zu erreichen, ist am Scheitern; da Allende wird erkennen müssen, dass dieser Begriff eine *contradictio in adjecto* ist und dass er entweder auf die «sozialistische» Gesellschaft im Sinne der Sowjetunion, Kubas und Chinas oder aber auf die demokratische Regierungsform verzichten muss. Da ersteres undenkbar erscheint, wird ihm wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als sich für die zweite Möglichkeit zu entscheiden. In der Tat bestehen schon genügend Anzeichen dafür, denn immer mehr missachtet die Regierung verfassungsmä-

sige Grundrechte. Das Streikrecht der Grubenarbeiter, das zur Zeit der vorherigen Regierung à l'outrance als «antiimperialistisches» Instrument ausgenutzt wurde, ist eingeschränkt worden. Zwar konnte die Regierung dem Transportstreik, der mehrere Wochen lang gedauert hatte, nur unter Zugeständnissen Einhalt gebieten, aber es bleibt ihr die Möglichkeit, die privaten Gesellschaften auf dem Wege von künstlich geschaffenen Wirtschaftsbedingungen zu verstaatlichen, unter denen die Unternehmer ruiniert würden. Jedenfalls hatte eine ähnliche Taktik früher erfolgreich zur Nationalisierung bedeutender Industriebetriebe in Chile geführt.

Um die Verbreitung von «alarmierenden» Nachrichten zu vermeiden, stellte die Regierung zeitweise sämtliche 155 Rundfunkstationen des Landes unter ihre Kontrolle und erklärte in 18 der 25 Provinzen den Ausnahmezustand.

Aber die Unruhen und Strassenzwischenfälle, vor allem in der Hauptstadt Santiago, dauerten noch eine Zeit an, obwohl die Sicherheitsmassnahmen weitgehend verstärkt wurden und das Ausgehverbot von null bis sechs Uhr in Kraft gesetzt wurde. Zum ersten Mal wurden die Strassen nicht nur von der Polizei, sondern auch vom Militär patrouilliert, das strategische Punkte der Stadt besetzt hielt. Es wurde befürchtet, dass die Streikdemonstrationen, die mit der Lahmlegung des Transportwesens im ganzen Land und der Schliessung aller Detailgeschäfte begann, auch auf andere Zweige der Wirtschaft übergreifen könnte, was das gesamte Wirtschaftsleben in Chile auf Monate paralyisiert hätte. Die unübersehbare Präsenz des Militärs in der Hauptstadt trug natürlich nicht zur Beruhigung der Bevölkerung bei, um so mehr als die Knappheit, Teuerung und Inflation keinesfalls eingedämmt worden sind.

Keine Briefzensur – man öffnet lediglich die private Auslandspost

Auch die Vertreter der Auslandspresse in Santiago wurden gewarnt, «alarmierende» Nachrichten ins Ausland zu senden; im Uebertretungsfall droht den betreffenden Korrespondenten die Ausweisung aus dem Land. Ausländische Nachrichtenagenturen wurden aufgefordert, dem Presseamt der Regierung Kopien ihrer Kabel zu übergeben. Private Auslandspost wird regelmässig geöffnet, obwohl offiziell keine Briefzensur besteht.

In einer Rede anlässlich der Konstituierung der Verwaltungsräte der Kupfergruben El Teniente und La Exocita gab Allende zu, dass die Finanzen Chiles zerrütet sind und das Staatsdefizit 300 Mio. Dollar beträgt. Allende, der an chronischem Leberleiden, Nierenproblemen und Herzschwäche krank, zeigte sich deprimiert und übermüdet; seine Gesten verrieten Nervosität. Er gestand ein, was er bisher immer geleug-



Salvador Allende. Er hat Vertreter des Militärs in die Regierung aufgenommen. Es ist das erste Mal in mehr als 12 Jahren, dass die Streitkräfte eine so bedeutende Rolle innerhalb der Regierungsämter spielen.

net hatte, dass sich das Land am Rande eines Bürgerkrieges befinde. Selbst wenn dieser vermieden werden könne, sagte er, würden sich unzweifelhaft in Zukunft ähnliche Momente wiederholen. In einem sichtlichen Versuch, sich auch weiterhin die Unterstützung der Streitkräfte zu sichern, lobte er die bisher erwiesene Loyalität der Militärs gegenüber der sozialistisch-kommunistischen Volksfrontregierung. Die Tatsache, dass hohe Offiziere in den Verwaltungsräten der verstaatlichten Kupfergruben sitzen, beweise die Verbundenheit der Streitkräfte mit der Regierung zur Verteidigung der Souveränität. Seither hat Allende je ein Mitglied des Heeres, der Marine und der Flugwaffe in sein 15 Minister umfassendes Kabinett ernannt. Es ist in der Tat das erste Mal in mehr als 12 Jahren, dass die Streitkräfte eine so bedeutende Rolle innerhalb der Regierungsämter spielen.

In derselben Rede beklagte Allende, dass die zahlreichen Streiks dieses Jahres die Produktion gesenkt haben; allein in der Kupfergrube Chuquicamata hätten 32 Teilstreiks einen Produktionsverlust im Werte von 14 Mio. Dollar verursacht. Die bedeutenden Lohn- und Gehaltszulagen hätten die Produktionskosten ins Uferlose steigen lassen. Es sei niemandem damit gedient, die Tasche voll Papiergeld zu haben, wenn er dafür nichts kaufen könne. Das hätten ihm zum Beispiel die Osteuropäer freilich schon vor langem voraussagen können.

Was die Aussenpolitik betrifft, so erklärte der chilenische Vertreter bei den Vereinten Nationen, dass sein Land die Besorgnis vieler Delegationen teile, dass etwaige Massnahmen gegen den internationalen Terrorismus diejenigen Kräfte treffen könnten, die gegen Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Armut kämpften; das in lateinamerikanischen Ländern gültige traditionelle Asylrecht dürfe weder gegen die «heroischen Kämpfer wider koloniale Ausbeutung und Rassendiskriminierung» noch gegen «diejenigen, die sich gegen Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Elend auflehnen» angewandt



Der prosovietische KP-Generalsekretär Luis Corvolan hatte den Generalstreik als Mittel der Rechten bezeichnet und die Armee gelobt, die ihn in Schach hielt. So wandelt sich die kommunistische Interpretation von proletarischen Unruhen und militärischer Repression, sobald erst einmal die gute, das heisst die eigene Sache an der Macht beteiligt ist. Und ist sie später allein an der Macht, so gilt Streik als Sabotage an den Volksinteressen und wird entsprechend bestraft.

werden. Dies kann nur bedeuten, dass die chilenische Regierung die lateinamerikanischen Guerillabewegungen schlechthin guthesst, denn die Extremisten behaupten ja alle, gegen Unterdrückung und gegen Armut zu kämpfen. Ausserdem warnte der chilenische Delegierte, dass die Anwendung von Massnahmen gegen den Terrorismus einen internationalen Zusammenschluss reaktionärer Kräfte gegen die progressiven Tendenzen der Menschheit zur Folge haben könnte. «Die grösste Macht der kapitalistischen Welt» (gemeint sind die USA) habe die souveränen Entschlüsse des chilenischen Volkes» (Enteignungen) mit ihrem «brutalen finanziellen und wirtschaftlichen Druck» bedroht.

Jetzt tagte der interamerikanische Presseverband ausgerechnet in Santiago, um die Pressefreiheit in den verschiedenen amerikanischen Staaten zu überprüfen. Bei dieser Gelegenheit erklärte ein Vertreter der Allende-Regierung, dass man weder Angriffe auf die chilenische Regierung noch auf befreundete Länder zulassen werde. Der wegen Verfassungsbruch vom Parlament abgesetzte Innenminister (heute Minister ohne Portefeuille) Hernán del Canto sprach diese Warnung auf einer Parallelsitzung zur SIP-Tagung aus, die von Journalisten, Zeitungshändlern und Arbeiterverbänden kommunistischer und sozialistischer Tendenz organisiert worden war. Del Canto sagte, man werde nicht tolerieren, dass die SIP eine «Provokation gegen Chile» unternahme. «Diejenigen, die die Stirn haben, zu behaupten, es gebe keine Pressefreiheit in Chile, sind gerade jene, die die grössten Zeitungskonzerne des Landes besitzen.» Das mag schon stimmen, aber es beweist keinesfalls, dass diese Stimmen nicht die Wahrheit sagen. In dem Bericht des chilenischen Ausschusses für die Pressefreiheit bei der SIP wurde unzweideutig darauf hingewiesen, dass die Freiheit der Presse in Chile bedroht sei.

Die Aufhebung der jetzt schon beschränkten Pressefreiheit ist nur eine Frage der Zeit

René Silva Espejo, Direktor der Zeitung «El Mercurio», der den Bericht vorlegte, stellte fest, dass es zwar in Chile bisher keine physischen Angriffe auf den Anti-Regierungsjournalismus gegeben habe, dass jedoch vielerlei Druck ausgeübt würde, der die Beseitigung der eingeschränkten Pressefreiheit in Chile nur eine Sache der Zeit erscheinen lässt: «wirtschaftlicher Druck auf die regierungsfeindlichen Zeitungen durch die willkürliche und gezielte Vergabe von staatlichen Anzeigen; Kreditvorteile für die regierungstreue Presse; eine politische Kampagne gegen die Oppositionspresse; die Bemühungen der Regierung, die wichtigsten Zeitungspapierfabriken zu verstaatlichen, um so die Papierverteilung unter die eigene Kontrolle zu bringen, und ähnliche Taktiken erwecken die schwere Besorgnis, dass die unabhängige Presse in Chile ganz verschwinden könnte».

Seither hat die Allende-Regierung die Schliessung von drei Rundfunkstationen verfügt, die sich geweigert hatten, die von der Regierung bestimmten Programme auszustrahlen. Der Sender Balmaceda, der der Christlich-Demokratischen Partei gehört, hatte seine Sendung beispielsweise mit einer Aufzeichnung einer Rede des früheren Präsidenten Frei begonnen, in der dieser scharfe Kritik an der Regierung übte. Die Besorgnis der Vertreter der privaten chilenischen Presseunternehmen erscheint daher nicht völlig unberechtigt. ■

SAD-Jubiläum

In diesem Jahr begeht der schweizerische Aufklärungsdienst (SAD) das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens. Wir haben diese Institution durch Beiträge einiger ihrer Mitglieder vorgestellt. Abschliessend äussert sich hier Peter Arbenz, Mitglied des Leitenden Ausschusses, zur Zukunftsvorstellung des SAD.

Ziele und Leitbild

Von Peter Arbenz

Vor wenigen Monaten wurde unter Mitwirkung der Stabsgruppe und von Ortsgruppenvertretern ein neues Leitbild des Schweizerischen Aufklärungsdienstes formuliert:

«Der SAD als eine parteipolitisch und konfessionell neutrale gesamtschweizerische Vereinigung privaten Rechts belebt und fördert die aufbauende Diskussion über die Aufgaben der Schweiz und ihre politische Zukunft mit dem Ziel, die freie Entwicklung unserer Gesellschaft im Rahmen eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats zu gewährleisten. Er informiert seine Mitglieder und weitere Träger der öffentlichen Meinungsbildung regelmässig über Charakter und Tragweite von Gefahren, die eine freie Entwicklungsfähigkeit der offenen Gesellschaft und unseren Rechtsstaat von innen und aussen bedrohen.»

Der SAD ist also im weitesten Sinne ein Instrument der politischen Bildung, eine Organisation, die einzelne Informationen zu zusammenhängenden Dokumentationen verarbeitet und sie wiederum gezielt an seine Mitglieder zur selbständigen Bearbeitung weitergibt. Dem Charakter der Aufgabe entsprechend kann es sich nicht um eine breite Publikumsorganisation, sondern eher um eine Art Kaderorganisation handeln, die sich der aktiven Mitwirkung eines grossen Teils und vor allem jüngerer Mitglieder erfreuen darf.

Oberstes Organ des SAD ist die Generalversammlung, die jährlich den bis 15köpfigen Leitenden Ausschuss wählt. Die Geschäftsführung im exekutiven Bereich besorgt das Zentralsekretariat in Zürich. Der Schweizerische Verein gliedert sich in Kantonalverbände, Regional- und Ortsgruppen, deren Vertreter in der Regel zweimal jährlich zur SAD-Konferenz zusammenkommen.

Die zentralen Arbeitstagungen dienen in erster Linie dem Dialog und der geistigen Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragen unserer Zeit, mit Entwicklungstendenzen unserer Gesellschaft und ihrer politischen Ausgestaltung. Dass dieses Gespräch über die Grenzen von Parteien, Konfessionen, Landesteilen, Alters- und Berufsgruppen hinweggeführt werden kann, macht diese Zusammenarbeit um so wertvoller. Der SAD ist dabei der Meinung, dass unsere politischen Strukturen nur dann lebensfähig bleiben, wenn sie sich mit den Anforderungen einer veränderten Umwelt und einer sich wandelnden Gesellschaft mitverändern. Lösungsmöglichkeiten können aber nach unseren Vorstellungen

nur unter Einhaltung der demokratischen Spielregeln gesucht und gefunden werden. Die Denkanstösse müssen dabei durchaus nicht nur von dort kommen, wo die politische Verantwortung und die staatsbehaltenden Kräfte liegen. Minderheiten sollen ihre legitimen Bedürfnisse im Rahmen einer sinnvollen Eigenständigkeit vertreten können, und ein freier Ermessens- und Gestaltungsspielraum muss ihnen überlassen bleiben.

Sie sind damit aber verpflichtet, andere Minderheiten zu respektieren, und dürfen sich keinesfalls das Recht ableiten, die Mehrheit des Volkes beherrschen zu wollen, noch bei der Durchsetzung ihrer Ordnungsvorstellungen Gewalt anzuwenden.

Der SAD betrachtet es als eine wichtige Aufgabe, auf Zerrbilder aufmerksam zu machen und in sachlicher Art und Weise extreme Entwicklungen in ihrer Bedeutung aufzuzeigen und sie in den politischen Gesamtzusammenhang zu stellen.

Wenn der SAD ursprünglich aus der Sektion Heer und Haus entstanden ist und nach seinen herkömmlichen Zielen vor allem in den Rahmen der «Geistigen Landesverteidigung» einzuordnen war, so hat er sich mehr und mehr zu einer politischen Vereinigung mit umfassendem staatsbürgerlichem Auftrag gewandelt. Diese sieht sich allerdings auf einige entscheidende und elementare Werte verpflichtet. Die volle Entfaltung des Menschen und seine persönliche Freiheit, die jedoch nicht auf Kosten des Nachbarn gehen darf, gehören ebenso in diesen Katalog wie die Erhaltung einer offenen Gesellschaft. So will der SAD in voller Verantwortung für kommende Generationen als Dauerauftrag an lebensfähigen politischen Strukturen weiterarbeiten und an der Gestaltung eines politischen Raumes mitwirken, indem sich unser Volk auch in Zukunft zu Hause fühlen kann. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar+

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. 78-2409

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Hans Erpf

Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)